

26. März 2014
1 von 2

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

Inklusion in Kassel umsetzen

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne
- 101.17.1205 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, sich für die Stadt Kassel, stadtweit oder stadtteilbezogen, in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen zur Inklusion im Bereich Kinder und Jugendliche, als Modellregion Inklusion bei der hessischen Landesregierung zu bewerben. Der Magistrat möge die hierfür notwendigen Gespräche mit den Schulen und sonstigen Kooperationspartnern führen. Ein Zwischenbericht über den Stand der Bewerbung bzw. den Verlauf der Gespräche soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung erfolgen.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: --
Enthaltung: CDU
Abwesend: Kasseler Linke, FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne betr. Inklusion in Kassel umsetzen, 101.17.1205, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag 101.17.1205 wird wie folgt geändert (Änderungen fett):

Der Magistrat wird gebeten, **sich ein Konzept** für die Stadt Kassel, stadtweit oder stadtteilbezogen, in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen zur Inklusion im Bereich Kinder und Jugendliche **zu erstellen! Dieses Konzept wird dann der**

Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorgelegt und kann bei einer Zustimmung als Grundlage für eine Bewerbung als Modellregion Inklusion bei der hessischen Landesregierung **genutzt werden. zu bewerben.** Der Magistrat möge die hierfür notwendigen Gespräche mit den Schulen und sonstigen Kooperationspartnern führen. Ein Zwischenbericht über den Stand der Bewerbung bzw. den Verlauf der Gespräche soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung erfolgen.

2 von 2

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

Abwesend: Kasseler Linke, FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne betr. Inklusion in Kassel umsetzen, 101.17.1205, wird **abgelehnt**.

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Jutta Butterweck
Schriftführerin